

REDEMANUSKRIFT

(es gilt das gesprochene Wort)

Gabriele Kailing, Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen
„Wir sind viele. Wir sind eins.“

Auszüge aus der Rede am 1. Mai 2017 in Frankfurt am Main

In ihrer Rede hob Kailing insbesondere die Forderungen der Gewerkschaften nach mehr sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit, guter Arbeit und einer armutsfesten Rente hervor. Zugleich warnte sie davor, dass sich rechte und rechtspopulistische Parteien die Ängste von Menschen vor sozialem und wirtschaftlichem Abstieg zunutze machen. „Die Ungerechtigkeit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung und die ungleichen Chancen auf ein besseres Leben dürfen weder hingenommen noch weiter vorangetrieben werden. Sie sind der beste Nährboden für Hass und Spaltung. Dem werden wir als Gewerkschaften entgegengetreten und fordern mehr Verteilungsgerechtigkeit.“

Soziale Gerechtigkeit aus gewerkschaftlicher Sicht biete wenig Interpretationsspielraum: Menschen müssten - unabhängig von ihrer Herkunft - Zugang zu guter Bildung haben. Sie müssen von ihrer Arbeit anständig leben können und später einmal eine Rente erhalten, die auskömmlich ist. Die Arbeitsbedingungen müssen sich am Wohl der Menschen ausrichten und dürfen nicht krank machen, so Kailing.

Soziale Gerechtigkeit heiße auch, dass der Staat Rahmenbedingungen schafft für bezahlbare Wohnungen, für eine zukunftsfähige Infrastruktur und für einen öffentlichen Dienst, der zum Wohle der Menschen seine Aufgaben erfüllen kann. Dazu bedarf es ausreichender Mittel für Bildung, für Kitas, für Schulen, für Sozialwohnungen und für die Verkehrsinfrastruktur.

„Wer die Demokratie schützen will, muss für mehr soziale Gerechtigkeit und Sicherheit sorgen. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stehen für eine demokratische, für eine soziale und für eine solidarische Gesellschaft. Diese Haltung und Einigkeit war und ist seit jeher eine unserer größten Stärken. Und wenn wir unsere Stimme, wie derzeit wieder erforderlich, mahnend erheben müssen, um daran zu erinnern, was eine solidarische Gesellschaft ausmacht, dann werden wir dies tun.“

Jasmin Romfeld

Pressesprecherin

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

jasmin.romfeld@dgb.de

Telefon: 069-273005-52

Telefax: 069-273005-55

jr/ske

Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77
60329 Frankfurt

<http://hessen-thueringen.dgb.de>

So wie soziale Gerechtigkeit nicht vom Himmel falle, sondern durch entsprechende politische Rahmenbedingungen hergestellt werden muss, gebe es soziale Sicherheit nicht zum Nulltarif. „Eine gute Konjunktur alleine schafft weder Arbeitsplätze, noch steigen dadurch Löhne und Gehälter – jedenfalls nicht ohne Zutun der Gewerkschaften.“

Seit Jahren sei die Tarifbindung der Betriebe rückläufig – in Hessen gelte sie noch für ein Drittel. Immer weniger Beschäftigte seien so durch Tarifverträge geschützt und immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten tarifvertraglich vereinbarte Einkommenserhöhungen. Sie würden faktisch von der tarifpolitischen Verteilung ausgeschlossen. „Tarifflucht gefährdet unser gesamtes Arbeits- und Wirtschaftssystem und damit letztendlich den sozialen Frieden. Mit Tarifflucht werden prekäre Beschäftigung und Niedriglohn zementiert und sogar ausgeweitet. Die Folge ist unweigerlich auch eine niedrige Rente. Denn aktive Tarifpolitik ist auch immer aktive Rentenpolitik. Es ist an der Zeit, den Tarifflüchtlingen in unserem Land die rote Karte zu zeigen.“ Die Politik sei gefordert, diesem Treiben einen Riegel vorzuschieben. Sie müsse mit gutem Beispiel voran gehen und Tariftreue zu einem festen Bestandteil öffentlicher Auftragsvergabe machen.

Prekären Beschäftigungsverhältnissen erteilte Kailing eine klare Absage. „Minijobs, Leiharbeit, Werkvertrag und Scheinselbständigkeit gehen einher mit niedriger Entlohnung, mit Altersarmut, mit einer Schwächung der Mitbestimmung und dem Abbau der Tarifbindung. Das müssen wir bekämpfen.“

Viele Menschen machten sich Sorgen, ob ihre spätere Rente zu mehr als zum Überleben reichen wird. Das Renten-Niveau sei seit Jahren auf Talfahrt. Damit müsse Schluss sein. „Wir brauchen einen Kurswechsel in der Rentenpolitik, denn wir wollen eine Rente, die für ein Leben in Würde reicht! Das gesetzliche Rentenniveau muss deshalb dringend stabilisiert und dann wieder angehoben werden.“ Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, müsse von der Rente leben können. Wer keinen Job gefunden hat, dürfe bei der Rente nicht auch noch dafür bestraft werden. Auch wer nicht mehr kann, dürfe im Alter nicht arm sein. „Wir können die Übergänge in die Rente flexibel und sicher gestalten. Wir wollen nicht eine Lösung für alle, sondern für alle eine Lösung. Wir werden zeigen, dass das geht.“

Eine der größten Herausforderungen für die Zukunft der Arbeit sei die Digitalisierung. „Den Wandel gestalten ist unser Anspruch. Chancen nutzen und Gefahren minimieren, das geht nur mit den Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften. Arbeitsabläufe und Produktionsprozesse werden sich massiv verändern. Daher brauchen wir eine darauf abgestimmte, qualifizierte Aus- und Weiterbildung für die Beschäftigten, damit sie an diesem Wandel teilnehmen können.“

Die Digitalisierung der Arbeit biete die Chance, Arbeit und Arbeitszeit neu zu denken im Sinne der Beschäftigten und im Sinne der Wirtschaft. „Arbeitszeit-Flexibilität darf keine Einbahnstraße sein. Beide Seiten müssen davon profitieren. Entgrenzung von Arbeit macht die Menschen krank. Flexibilität ohne die Mitsprache unserer Betriebsräte wird ausgenutzt.“

Deshalb brauchen wir Regeln, die die Beschäftigten schützen. Wir brauchen eine Flexibilität der Arbeitszeit, die es den Beschäftigten ermöglicht, Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Wir brauchen eine Flexibilität der Arbeitszeit, die es den Frauen, die unfreiwillig in der Teilzeitfalle hängen, ermöglicht, wieder auf Vollzeit zu gehen. Dafür braucht es eine starke betriebliche Mitbestimmung und eine hohe und flächendeckende Tarifbindung. Sie sind notwendig, um die Arbeitswelt der Gegenwart und der Zukunft zu gestalten.“